

# Die Volksparteien brauchen eine Erdung

Von knapp 78 Prozent im Jahr 1994 sind für CDU/CSU und SPD bei der letzten Bundestagswahl noch rund 53 Prozent übrig geblieben. Der massive Vertrauensverlust der Volksparteien ist auch in den Länderparlamenten sichtbar, wo für die Bildung einer stabilen Regierung nun öfter Dreierbündnisse geschmiedet werden müssen.

Das mangelnde Vertrauen in Parteien hat sich teils zu einer Vertrauenskrise gegenüber dem Staat ausgewachsen – eine ernste Gefahr, die über gewöhnliche politische Unzufriedenheit hinausgeht.

Es waren die Banken- und Griechenland-Rettung sowie die Flüchtlingskrise, bei denen alle Parlamentsparteien die Rückkoppelung zu einem Teil der Bevölkerung versäumten. Aber besonders in Ostdeutschland verstärkte dies das Gefühl, dass die politischen Eliten maßgebliche Teile der Gesellschaft aus den Augen verlieren und nicht in der Lage sind, drängende gesellschaftliche Fragen aufzugreifen und politisch zu lösen.

Ein gewachsenes Misstrauen gegenüber Medien und die gezielte Diskreditierung „des Systems“ durch radikale Populisten verschärften diese Entwicklung. Jedoch tragen die Volksparteien eine erhebliche Mitschuld. Zugleich können sie den Missstand auch aus eigener Kraft wieder beheben.

Eine Volkspartei muss wesentliche gesellschaftliche Stimmungen und Konflikte jenseits von Berlin-Mitte wahrneh-

men und daraus politisches Handeln ableiten. Wer als Partei zentralen gesellschaftlichen Empfindungen hinterherläuft, der erlebt unangenehme Überraschungen. Volkes Stimme ist seltener auf den Fluren einer Parteizentrale, wohl aber in den Vereinen, Feuerwehren oder auf der Straße zu hören.

Diese Rückkoppelung darf – erst recht bei einer Regierungsbeteiligung – nicht folgenlos bleiben. Eine Volkspartei muss den Mut haben, Fehler einzugestehen und zu korrigieren. Wer mit alternativen Entscheidungen den Staat überfordert, der gefährdet die Demokratie.

Volksparteien müssen aber für einen handlungsfähigen und stabilen Staat sorgen, um die Ordnung und den Wohlstand zu erhalten. Das ist ihre ureigene Aufgabe. Der Bürger darf nicht den Eindruck haben, dass der Staat sein Falschparken konsequent und zeitnah ahndet, sich aber zugleich überfordert zeigt, wenn es um Abschiebungen oder die Wahrung der inneren Sicherheit geht.

Die Grundlage für Vertrauen ist ein Mindestmaß an Verlässlichkeit. Eine Volkspartei braucht stabile Grundwerte, auch ein Bekenntnis zu Heimat und zu einer Zusammenhalt schaffenden Leitkultur.

Unsere Werte sind vom Christentum und der Aufklärung geprägt. Und für diese deutsche Leitkultur mit einem starken Rechtsstaat, demokratischen Freiheiten, der deutschen Sprache und

Kultur sowie religiöser Toleranz muss zumindest eine bürgerliche Volkspartei kraftvoll eintreten. An diesem Kompass richtet sie ihr Handeln abseits aktueller Schlagzeilen aus, wenn sie vielen Bürgern dauerhaft eine politische Heimat bieten will.

Aufhören sollten die Volksparteien dagegen damit, den Menschen etwas aufzwingen zu wollen. Vormundschaftliche Politik provoziert zu Recht Widerspruch. Besonders die Sachsen haben auch aufgrund der DDR-Vergangenheit eine tiefsitzende Abneigung gegenüber aufgezwungenen Haltungen – egal, ob sie der Rettung des Weltklimas oder anderer vermeintlich hehrer Ziele dienen.

Die Menschen meiner von 1989 geprägten Generation haben hier ein sehr feines Gespür dafür, wenn politische Eliten und Medien ihnen eine bestimmte Weltsicht verordnen wollen – und wenn diese noch dazu andere, vom vermeintlichen Konsens abweichende Meinungen moralisch aburteilen. Diese Skepsis wächst, je mehr die sicher gutgemeinten „Losungen“ der Berliner Republik dann im Widerspruch zur Alltagserfahrung der Menschen vor Ort stehen.

Statt ideologischen Projekten sollten sich die Volksparteien wieder stärker den Leistungsträgern in der Mitte der Gesellschaft zuwenden: Menschen, die aus eigener Kraft etwas für sich und ihre Familien geschaffen haben, die ihre Heimat lieben und die mitunter Verlustängs-

te plagen. Diese Mittelschicht muss sich in einer Volkspartei vertreten fühlen. Themen wie die Homo-Ehe oder Inklusion haben ihre Berechtigung. Aber wer diese Themen ins Zentrum seines politischen Handelns rückt, der braucht sich nicht zu wundern, wenn die Mehrheit der Bürger vom politischen Glauben abfällt. Denn für das Alltagsleben vieler Deutscher – gerade auch in ländlichen Gegenden – haben sie wenig Relevanz.

„Brot-und-Butter-Themen“ gehören wieder ganz oben auf die Agenda der Volksparteien. Sie brauchen eine Erdung: eine Rückbesinnung auf die Basis. Der größte Trumpf liegt dabei in ihrem Wesen als Volksparteien mit Hunderttausenden Mitgliedern. Sie verfügen in den Ländern, in den Städten und Gemeinden über breite Verästelungen in die Gesellschaft. Sie müssen ihren Seismographen vor Ort wieder mehr vertrauen, etwa in den Kreis- und Ortsverbänden, in den Stadträten und Rathäusern.

Dass das politische Schicksal CDU/CSU und SPD noch einmal für eine Wahlperiode aneinander gebunden hat, ist dabei Risiko und Chance zugleich. Verlorenes Vertrauen muss nun durch konkretes politisches Handeln zurückgewonnen werden – nicht nur im Interesse starker Volksparteien, sondern auch im Interesse eines stabilen Staates.

Der Autor ist Präsident des Sächsischen Landtags und Mitglied der CDU. Er war von 1994 bis 2002 Kultusminister und von 2002 bis 2004 Wissenschaftsminister in Sachsen.